

# Nein zur „BRD-Armee“

Die von Verteidigungsminister Karl Theodor zu Guttenberg geplante Reform der Bundeswehr wird in rechten bis rechtsextremen Kreisen heftig kritisiert. Auslandseinsätze in Krisengebieten werden zumeist kategorisch abgelehnt.

So startete das neonazistische „Freie-Netz-Süd“ (FNS) um Tony Gentsch zum Schulbeginn in Bayern im September eine Kampagne unter dem Motto „Sag Nein! - zur Bundeswehr!“ Die Kampagne richtet sich unter anderem gegen die freiwillige Verpflichtung in der „BRD-Armee als Zeitsoldat zu dienen.“ Die Bundeswehrreform ziele nach Auffassung der Neonazis darauf ab, die „bundesrepublikanische Armee weiter zu einer imperialistischen Angriffsarmee umzubauen.“

## „Kriegsdienst für us-israelische Interessen“

Während das FNS „Vaterlandsverteidigung“ zur „Ehrensache“ verklärt, wird andererseits der angebliche „Kriegsdienst für us-israelische Interessen“ verdammt: „Deutsche dürfen nicht weiter als Kanonenfutter der so genannten „westlichen Wertegemeinschaft“ missbraucht werden. Die Verteidigung der wirtschaftlichen Interessen des Kapitals sollen die Politiker der herrschenden Klasse selbst übernehmen.“ Deshalb, so das FNS, sei die „letztendliche Konsequenz“ für „Deutsche, die es noch sein wollen“, nur die „dem System die Gefolgschaft zu entziehen und ... sich generell der Bundeswehr zu verweigern.“ Abschließend verkündet der FNS in seiner Erklärung: „Kein deutsches Blut für fremde Interessen - Imperialisten die Gefolgschaft kündigen!“

Ins gleiche Horn posaunt das Flugblatt „Sag Nein zur Bundeswehr. Kein Deutsches Blut Für Fremde Interessen“, das der „Versand100%“ zum Download anbietet. Ansprechpartner des NS-Devotionalienvertriebs ist ein T. Siebert im oberfränkischen Töpen; als Domaininhaber der Homepage tritt Gentsch in Erscheinung. Positiv wird in der Schrift vermerkt, dass eine militärische Ausbildung „etwas Schönes und Wichtiges im Leben eines jungen Menschen sein“ könne: „Der Dienst an der Waffe, die dort erlernte Disziplin, die Kameradschaft in einem zusammen gewürfelten Haufen und auch etwas Abenteuer sind für Jugendliche selbstverständlich positive Aspekte des Wehrdienstes.“

## „Zur Verteidigung der Heimat nicht in der Lage“

Dem „Wehrgedanken“ und der „potenziellen Fähigkeit mit einer Waffe umgehen zu können“, bescheinigen die Neonazis „durchaus nationale positive Gesichtspunkte“. Heute jedoch, so wird beklagt, hätten „durch die weitgehend vollzogene Umerziehung in der BRD antimilitaristische Kräfte eine schleichende Entmilitarisierung durchgesetzt.“ Als „deutsche Nationalisten“ können sie nur hinter einer Armee stehen, „die sich für die Interessen des deutschen Volkes und ausschließlich für diese einsetzt.“

Guttenbergs Reformpläne attackierte Eike Erdel, Oberleutnant der Reserve, im September in der „National-Zeitung“: „Deutschland musste sich im Versailler Vertrag dazu verpflichten die Wehrpflicht abzuschaffen und das Heer auf 100 000 Mann zu reduzieren. Mit einer solchen Armee sollte Deutschland gegenüber den Siegermächten des Ersten Weltkrieges wehrlos gemacht werden. Ohne äußeren Zwang will nun Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg die Bundeswehr so weit abrüsten, dass eine Verteidigung Deutschlands unmöglich wird.“ Der Auffassung von Erdel nach, früher Mandatsträger der Republikaner, werde die

Bundeswehr in Zukunft aus Streitkräften bestehen, „die nur noch für weltweite Einsätze geeignet sind. Zur Verteidigung der Heimat sind sie nicht in der Lage.“

Eine Reduzierung der Personalstärke der Bundeswehr unter 200 000 Soldaten entspricht den „deutschen Interessen kaum“, meint Gerhard Hubatschek, Oberst a.D., in der Oktober-Ausgabe des Nachrichtenmagazins „Zuerst!“ aus Selent in Schleswig-Holstein. Hubatschek beklagt, dass eine Diskussion über die „außenpolitischen nationalen Interessen Deutschlands nicht stattfindet.“

### **„Söldnerhaufen ohne Tradition und Zukunft“**

Regelrecht verhasst ist in rechtsextremen Kreisen der Einsatz der Bundeswehr in Krisengebieten. Die Bundeswehr, so hetzt der NPD-Landesverband Bayern, sei heute „nicht mehr dazu da“, die „Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen, sondern stattdessen als „Hilfstruppe der USA und des internationalen Großkapitals überall auf der Welt“ eingesetzt zu werden. Sie sei „ein Söldnerhaufen ohne Tradition und Zukunft“, der „nicht mehr den Interessen des deutschen Volkes dient“.

Das rechtsextreme Internetportal Gesamtrechts fordert deshalb nicht nur den Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan, sondern stattdessen deren Einsatz in heimischen Gefilden: „Die Bundeswehr wäre in den Brennpunkten der Großstädte, in U-Bahnen, Zügen, Discotheken und Fußballplätzen besser zielgerichteter eingesetzt als am Hindukusch.“

04. 10. 2010 - Anton Maegerle